

Aktualisierung und Erweiterung der artenschutzrechtlichen Prüfung

BPlan „Zimmerplatz“, Oberderdingen



Auftraggeber:	GEMEINDE OBERDERDINGEN Amthof 13 75038 Oberderdingen
Auftragnehmer:	THOMAS BREUNIG INSTITUT FÜR BOTANIK UND LANDSCHAFTSKUNDE Kalliwodastraße 3 76185 Karlsruhe Telefon: 0721 - 9379386 Telefax: 0721 - 9379438 E-mail: info@botanik-plus.de
Bearbeitung:	Marlene Kassel (M.Sc. Umweltwissenschaften)

Karlsruhe, 5. November 2018

Inhalt

1	Einleitung und Aufgabenstellung	3
2	Untersuchungsgebiet und Planung.....	3
3	Rechtliche Grundlagen für die Artenschutzrechtliche Prüfung	4
4	Habitatstrukturen und artenschutzrechtliche Einschätzung.....	6
5	Artenschutzrechtliche Prüfung	7
6	Fazit	8
7	Literatur und Arbeitsgrundlagen.....	8

1 Einleitung und Aufgabenstellung

Die GEMEINDE OBERDERDINGEN plant die Erschließung eines neuen Wohngebiets am nördlichen Ortsrand des Ortsteils Flehingen. Das Untersuchungsgebiet umfasst den geplanten Bebauungsplan „Zimmer Platz II“ und die mögliche westliche Erweiterung in das Gewann Erste Teich/Hinter der Kirche“. Der Umweltbericht zum geplanten Bebauungsplan „Zimmerplatz II“ liegt mehr als 4 Jahre zurück. Im Mai 2018 wurde das INSTITUT FÜR BOTANIK UND LANDSCHAFTSKUNDE, Karlsruhe, von der GEMEINDE OBERDERDINGEN mit einer Aktualisierung und erweiterten Betrachtung der artenschutzrechtlichen Prüfung beauftragt.

Am 13. und 19. Juli 2018 erfolgten Begehungen des Untersuchungsgebiets. Anhand der vorhandenen Habitatstrukturen wurde eingeschätzt, ob Vorkommen von besonders oder streng geschützten Arten nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 BNatSchG zu erwarten sind.

2 Untersuchungsgebiet und Planung

Das Untersuchungsgebiet liegt am nördlichen Ortsrand des Ortsteils Flehingen. Südlich und östlich grenzt die derzeitige Wohnbebauung an. Nördlich und westlich liegt die offene Feldflur mit ausgedehnten Ackerflächen. Das Untersuchungsgebiet umfasst die Flurstücke 8722-8725 und ist etwa 3,3 ha groß. Es wird ausschließlich von Ackerflächen eingenommen. Die GEMEINDE OBERDERDINGEN plant auf der Fläche ein neues Wohngebiet zu erschließen.



Abbildung 1: Lage des Untersuchungsgebiets (rot) am nördlichen Ortsrand von Flehingen (Datengrundlage: LGL www.lgl-bw.de 2018)

3 Rechtliche Grundlagen für die Artenschutzrechtliche Prüfung

Die artenschutzrechtliche Prüfung ermittelt, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang durch die Planung Verbotstatbestände gemäß § 44 BNatSchG berührt werden.

So ist es nach § 44 Abs. 1 BNatSchG verboten,

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

In den Bestimmungen des § 44 BNatSchG wird zwischen besonders und streng geschützten Arten unterschieden. Streng geschützt sind Arten des Anhangs A der EG-Artenschutzverordnung, Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie und Arten nach Anlage 1, Spalte 3 der Bundesartenschutzverordnung. Alle streng geschützten Arten sind gleichzeitig auch besonders geschützt. Zu den streng geschützten Arten zählen u.a. alle Fledermausarten, einzelne Reptilienarten wie Zaun- und Mauereidechse sowie einzelne Amphibien- und Insektenarten. Ausschließlich besonders geschützt sind alle Tier- und Pflanzenarten nach Anhang B der EG-Artenschutzverordnung, alle „europäischen Vögel“ im Sinne des Art. 1 der EG-Vogelschutzrichtlinie sowie Arten nach Anlage 1, Spalte 2 der Bundesartenschutzverordnung. Für alle besonders geschützten Arten, die nicht zugleich auch streng geschützt sind, gilt die so genannte „Legalausnahme“ nach § 44 Abs. 5 BNatSchG bei nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffen in Natur und Landschaft, die nach § 17 Abs. 1 oder Abs. 3 BNatSchG zugelassen oder von einer Behörde durchgeführt werden. Dasselbe gilt für Vorhaben in Gebieten mit Bebauungsplänen nach § 30 BauGB, während der Planaufstellung nach § 33 BauGB und im Innenbereich nach § 34 BauGB. In diesen Fällen gelten die aufgeführten Verbotstatbestände (§ 44 Abs. 1 BNatSchG) nur für nach europäischem Recht geschützte Arten, d.h. die in Anhang IV der FFH-Richtlinie (92/43/EWG) aufgeführten Arten und die europäischen Vogelarten.

Für alle streng geschützten Arten und europäischen Vogelarten liegt dann kein Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG vor, wenn durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht wird und die Beeinträchtigungen bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann. Ebenfalls liegt dieser Verbotstatbestand nicht vor, wenn Tiere im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die ihrem Schutz vor Tötung / Verletzung oder dem Schutz ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung dient, unvermeidbar beeinträchtigt werden. Dasselbe gilt für Maßnahmen, die der Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang dienen.

Nach § 44 Abs. 5 BNatSchG liegt dann kein Verbotstatbestand im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Soweit erforderlich, können zur Abwendung des Verbotstatbestands auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden (CEF = continuous ecological functioning).

Sofern Verbotstatbestände nach § 44 erfüllt sind, gelten nach § 45 Abs. 7 folgende Ausnahmebestimmungen:

„Die für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörden [...] können von den Verboten des § 44 im Einzelfall weitere Ausnahmen zulassen:

1. Zur Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger erheblicher wirtschaftlicher Schäden,
2. zum Schutz der natürlich vorkommenden Tier- und Pflanzenwelt,
3. für Zwecke der Forschung, Lehre, Bildung oder Wiederansiedlung oder diesen Zwecken dienende Maßnahmen der Aufzucht oder künstlichen Vermehrung,
4. im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Verteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung, oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt oder
5. aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art.

Eine Ausnahme darf nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert, soweit nicht Artikel 16 Abs. 1 der FFH-Richtlinie (92/43/EWG) weitergehende Anforderungen enthält. Artikel 16 Abs. 3 der FFH-Richtlinie (92/43/EWG) und Artikel 9 Abs. 2 der Richtlinie 79/409/EWG sind zu beachten. [...]

Nachfolgend erfolgt eine Beurteilung der Planung im Hinblick auf mögliche Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG. Eine abschließende Prüfung bleibt der zuständigen Behörde vorbehalten.

4 Habitatstrukturen und artenschutzrechtliche Einschätzung

Das Untersuchungsgebiet wird derzeit von Ackerflächen eingenommen. Im Westen des Gebiets wurde auf etwa 20 % der Fläche (Flurstücke 8722 und 8723) zum Zeitpunkt der Begehung Mais angebaut. Auf den restlichen etwa 80 % der Fläche befand sich eine Ackerbrache.

Der Maisacker ist intensiv bewirtschaftet, eine Acker-Wildkrautvegetation ist nur fragmentarisch vorhanden. Die Ackerbrache im Osten ist niederwüchsig mit Pflanzen einer vorhergehenden Grünlandansaat und einer mäßig artenreichen Acker-Wildkrautvegetation. Häufige Arten sind Vielblütiger Lolch (*Lolium multiflorum*), Weißer Gänsefuß (*Chenopodium album*), Echter Buchweizen (*Fagopyrum esculentum*), Wilde Möhre (*Daucus carota*), Acker-Kratzdistel (*Cirsium arvense*), Schwarzer Nachtschatten (*Solanum nigrum*), Klatsch-Mohn (*Papaver rhoeas*) und Gewöhnliche Hühnerhirse (*Echinochloa crus-galli*). Daneben kommen vereinzelt Wiesen- und Ruderalarten vor wie Schafgarbe (*Achillea millefolium*), Rot-Klee (*Trifolium pratense*) und Taube Trespe (*Bromus sterilis*).

Der Maisacker im Westen ist aufgrund der monotonen, hohen und dichten Strukturen als Nisthabitat für Bodenbrüter wie die **Feldlerche** (*Alauda arvensis*) ungeeignet. Die Unkrautvegetation auf der Ackerbrache ist niederwüchsig und bietet kaum Deckung für die Feldlerche. Während der zwei Kontrollbegehungen wurden keine Feldlerchen im Untersuchungsgebiet festgestellt. Die Fläche ist nur bedingt als Bruthabitat für Feldlerchen geeignet, eine Nutzung kann jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Die Getreidefelder in der Umgebung des Untersuchungsgebiets waren zum Zeitpunkt der beiden Begehungen bereits abgeerntet. Deshalb und aufgrund des späten Begehungszeitpunkts konnten die drei Brutreviere der Feldlerche aus dem Jahr 2014 (RAUSCHMAIER INGENIEURE GMBH 2014; Abbildung 2) nicht nachgewiesen werden. Eine Erfassung von Brutrevieren der Feldlerche ist nur zwischen März und Mai möglich. Aufgrund der geeigneten Habitatausstattung in der Umgebung des Untersuchungsgebiets ist ein Vorkommen der Feldlerche jedoch anzunehmen.

Geeignete Habitatstrukturen für **Reptilien** sind im Untersuchungsgebiet nicht vorhanden. Die Randbereiche der Ackerflächen bieten nur bedingt Sonnplätze. Geeignete Versteckmöglichkeiten für Reptilien sind nicht vorhanden. Während der Übersichtsbegehungen konnten keine Reptilien beobachtet werden. Ein Vorkommen von Eidechsen im Untersuchungsgebiet ist aufgrund der ungeeigneten Habitatausstattung nicht anzunehmen.

Im Untersuchungsgebiet liegen keine Oberflächengewässer, Feuchtgebiete oder Winterlebensräume für **Amphibien**. Es sind daher keine geeigneten Lebensraumstrukturen für diese Artengruppe vorhanden. In dem direkten Umfeld liegen ebenfalls keine geeigneten Laichgewässer für Amphibien. Daher und aufgrund des angrenzenden Siedlungslands ist es unwahrscheinlich, dass das Untersuchungsgebiet im Wanderkorridor von Amphibien liegt.

Für **Insekten** ist allenfalls die Acker-Wildkrautvegetation als Nahrungshabitat von Bedeutung. Mit besonders oder streng geschützten Arten ist aufgrund der Standortverhältnisse, der Habitatausstattung und der vorhergehenden Nutzung nicht zu rechnen.

Es wurden keine Vorkommen von besonders oder streng geschützten **Pflanzenarten** nachgewiesen.



Abbildung 2: Brutreviere der Feldlerche aus dem Jahr 2014 (RAUSCHMAIER INGENIEURE GMBH 2014)

5 Artenschutzrechtliche Prüfung

Das Untersuchungsgebiet ist für nach § 44 BNatSchG geschützte Arten nur von untergeordneter Bedeutung. Bruthabitate für die Feldlerche sind nur bedingt vorhanden. Die Ackerbrache ist als potentes Bruthabitat aufgrund der fehlenden Deckung nur bedingt geeignet, eine Nutzung kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. In Ackergebieten kann es aufgrund der landwirtschaftlichen Nutzung häufig zu Revierschiebungen kommen. Diese können auch zwischen der ersten und zweiten Brut auftreten (SÜDBECK & al. 2005). Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Feldlerche nach Nutzungsänderung der Flächen im Gebiet brütet (z.B. Anbau von Sommergetreide). Um eine **unbeabsichtigte Tötung** von Bodenbrütern wie Feldlerchen zu verhindern [§ 44 Abs. 1, Nr. 1 BNatSchG], dürfen Baumaßnahmen nur außerhalb der Brutzeit, zwischen Anfang Oktober und Ende Februar, stattfinden. Der Beginn von Baumaßnahmen außerhalb der gesetzlichen Frist ist nur dann zulässig, wenn zuvor durch eine sachkundige Person sichergestellt wurde, dass keine Tiere innerhalb des Untersuchungsgebiets brüten.

Ein Vorkommen der Feldlerche auf den bereits aus dem Jahr 2014 bekannten Flächen kann nicht ausgeschlossen werden. Möglicherweise kommt es durch den Baustellenbetrieb zu einer **Störung** von in der Umgebung nistenden Vögeln. Von einer erheblichen Störung, d. h. einer Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Population ist jedoch nicht auszugehen [§ 44 Abs. 1, Nr. 2 BNatSchG]. Durch Heranrücken der Planung an den Siedlungsrand werden störende Effekte minimiert.

Im Umfeld des Untersuchungsgebiets sind zahlreiche besser geeignete potentielle **Fortpflanzungs- und Ruhestätten** für die Feldlerche vorhanden. Der Verlust von nur bedingt

geeigneten Habitatstrukturen im Untersuchungsgebiet ist daher tolerierbar. Es ist anzunehmen, dass die ökologische Funktion der vom Eingriff betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten für Vögel im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass ein Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1, Nr. 3 BNatSchG (Zerstörungsverbot von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten besonders geschützter Arten) nicht erfüllt wird.

Zum Begehungszeitpunkt wurden keine Vorkommen von besonders oder streng geschützten **Pflanzenarten** nachgewiesen. Jahreszeitlich bedingt konnte nicht das gesamte Artenspektrum begutachtet werden. Aufgrund der Biotopausstattung und Standortverhältnisse des Untersuchungsgebiets ist nicht mit dem Vorkommen von gefährdeten oder geschützten Pflanzenarten zu rechnen. Ein Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1, Nr. 4 BNatSchG wird durch die Planung nicht erfüllt.

6 Fazit

Das Untersuchungsgebiet wird derzeit von einem intensiv bewirtschafteten Maisacker und von einer Ackerbrache mit Acker-Wildkrautvegetation eingenommen.

Der Maisacker ist aufgrund der monotonen, hohen und dichten Strukturen als Nisthabitat für die **Feldlerche** (*Alauda arvensis*) ungeeignet. Die Ackerbrache ist derzeit aufgrund der lückigen Vegetation nur bedingt als potentiell Bruthabitat geeignet. Ein Vorkommen ist daher unwahrscheinlich, kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Da Revierverschiebungen in Agrarlandschaften häufig sind, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Feldlerche nach Nutzungsänderung der Flächen in Zukunft im Untersuchungsgebiet brütet. Sofern Baumaßnahmen im Untersuchungsgebiet außerhalb der Brutzeit von Vögeln, zwischen Anfang Oktober und Ende Februar, stattfinden ist nicht von der Erfüllung eines Verbotstatbestands nach § 44 BNatSchG auszugehen. Eine Bebauung während der Brutzeit ist nur dann zulässig, wenn zuvor durch eine sachkundige Person sichergestellt wurde, dass keine Tiere innerhalb des Untersuchungsgebiets brüten.

Die Brutreviere der Feldlerche aus dem Jahr 2014 (RAUSCHMAIER INGENIEURE GMBH 2014) in der Umgebung des Untersuchungsgebiets konnten während der Übersichtsbegehungen nicht nachgewiesen werden. Die Habitatausstattung für die Feldlerche in der Umgebung des Untersuchungsgebiets ist jedoch als hochwertig einzustufen. Von einer erheblichen Störung, d. h. einer Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen durch das Vorhaben ist jedoch nicht auszugehen.

7 Literatur und Arbeitsgrundlagen

RAUSCHMAIER INGENIEURE GMBH 2014: Umweltbericht zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften „Zimmerplatz II“. Unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag der Gemeinde Oberderdingen – 31 S.; Bietigheim-Bissingen.

SÜDBECK P., ANDRETTZKE H., FISCHER S., GEDEON K., SCHIKORE T., SCHRÖDER K. & SUDFELDT C. (Hrsg.) 2005: Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. – 781 S.; Radolfzell.